Warum hatte die Republik China eine Verfassung, konnte aber lange Zeit keine normale verfassungsmäßige Regierung verwirklichen?

Downloads: PDF · DOCX

Die Republik China ist die erste Republik Asiens. Von der „Vorläufigen Verfassung" von 1912 bis zur „Verfassung der Republik China" von 1947 mangelte es den Chinesen auf dem Papier nie an Verfassungen. Doch von 1912 bis 1987 war die Zeit, die wirklich unter einer verfassungsmäßigen Regierung gelebt wurde — einer Regierung, deren Macht durch die Verfassung begrenzt und deren Volksrechte durch die Verfassung garantiert sind — zusammengenommen nur wenige Jahre. Warum bedeutet es, eine Verfassung zu haben, nicht, eine verfassungsmäßige Regierung zu haben?

Die Antwort ist: Eine Verfassung ist ein Text, eine verfassungsmäßige Regierung ist Praxis. Damit eine Verfassung lebendig wird, braucht es ein ganzes Bündel begleitender Bedingungen: eine friedliche Umgebung, unabhängige Gerichte, eine Armee, die nicht Einzelpersonen gehorcht, Medien, die zu sprechen wagen, Parteien, die verlieren können. Im größten Teil der Geschichte der Republik China waren diese Bedingungen nicht gegeben. Die Verfassung war da, die verfassungsmäßige Regierung war es nicht — das ist das zentrale Paradox der chinesischen Politik im 20. Jahrhundert.

I. Eine Verfassung ist leicht zu bekommen, eine verfassungsmäßige Regierung ist schwer zu erringen

Eine verfassungsmäßige Regierung braucht mindestens fünf Bedingungen, die gleichzeitig erfüllt sind. Erstens, ein wirklich funktionierendes Gleichgewicht der Gewalten: Legislative, Exekutive und Judikative kontrollieren sich wirklich gegenseitig, statt bloße Gummistempel zu sein. Zweitens, Unabhängigkeit der Justiz: Gerichte wagen es, die Regierung für rechtswidrig zu erklären. Drittens, Nationalisierung der Armee: Die Waffe gehorcht der Verfassung, nicht Einzelpersonen. Viertens, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit: Das Volk kann die Regierung kritisieren und Parteien organisieren. Fünftens, eine friedliche politische Umgebung: Ohne Bürgerkrieg haben Wahlen erst Sinn.

Gemessen an diesen fünf Bedingungen genügte die Geschichte der Republik fast keiner einzigen. Von 1912 bis 1928 herrschten die Kriege der Warlords: Die Waffe hatte das letzte Wort, und die Vorläufige Verfassung war nur ein Werkzeug, mit dem die Fraktionen einander angriffen; von 1928 bis 1947 war es die Periode der politischen Vormundschaft: Die Einparteienherrschaft wurde offen in die Vorläufige Verfassung geschrieben, und die verfassungsmäßige Regierung wurde für „aufgeschoben" erklärt; 1947 trat die verfassungsmäßige Regierung in Kraft, als der Bürgerkrieg bereits ausgebrochen war; nach 1949 wurde die Verfassung unter dem Kriegsrechtsregime erneut eingefroren. Der Text war immer da, die Bedingungen waren es nie — das ist die vollständige Formel für „Verfassung ohne verfassungsmäßige Regierung".

II. Die Festlandperiode: Eine Verfassung zur Unzeit

Zuerst die mehr als dreißig Jahre auf dem Festland. Weniger als zwei Jahre nach der Verkündung der „Vorläufigen Verfassung" von 1912 löste Yuan Shikai das Parlament auf und schaffte die Vorläufige Verfassung ab (siehe die vierte Frage dieser Reihe). 1928, als die Nordexpedition die formale Einigung vollendete, verkündete die Kuomintang den Eintritt in die Periode der politischen Vormundschaft,

regierte das Land mit der Partei, und die verfassungsmäßige Regierung wurde auf „nachdem die Bedingungen reif sind" verschoben — dieses „danach" dauerte neunzehn Jahre.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verfassung von 1947 war noch tragischer: Als die Verfassung ausgearbeitet wurde, befanden sich Nationalisten und Kommunisten bereits im Krieg, und im zweiten Jahr nach dem Inkrafttreten der Verfassung (1948) froren die „Vorläufigen Bestimmungen während der Periode der Mobilmachung zur Niederschlagung der kommunistischen Rebellion" viele Bestimmungen der Verfassung ein. Anders gesagt: In den kurzen zwei Jahren, in denen die „Verfassung der Republik China" nominell für ganz China galt, war sie nie einen einzigen Tag normal in Kraft. Die Verfassungsgeschichte der Festlandperiode ist eine Geschichte der „Verfassung ohne verfassungsmäßige Regierung".

III. Nach dem Umzug nach Taiwan: Vom Einfrieren zur Verwirklichung

Nachdem die Regierung der Republik China 1949 nach Taiwan umgezogen war, trat die Verfassung in eine noch längere Einfrierperiode ein. Unter dem Mobilmachungsregime und dem Kriegsrecht (1949–1987) konnte der Präsident wiederholt wiedergewählt werden, die Vertreter des Parlaments wurden jahrzehntelang nicht neu gewählt, und die durch die Verfassung garantierten Volksrechte wurden durch das Kriegsrecht ausgehöhlt. In diesen achtunddreißig Jahren war die Verfassung das Aushängeschild des Staates, aber nicht die Regel, nach der der Staat funktionierte.

Die Wende trat Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre ein: 1987 wurde das Kriegsrecht aufgehoben, 1991 wurden die Mobilmachungsperiode beendet und die Vorläufigen Bestimmungen abgeschafft, das Parlament wurde vollständig neu gewählt, der Präsident wurde direkt gewählt, und Verfassungszusatzartikel passten die Verfassung an die neue politische Realität an. Ab Mitte der 1990er Jahre lebte die Republik China (Taiwan) erstmals wirklich unter dem Zwang ihrer eigenen Verfassung — Parteiwechsel, richterliche Kontrolle, Meinungsfreiheit wurden eines nach dem anderen Realität. Dieser Verlauf bestätigt auch das Urteil der Einführung I04 dieser Reihe: Was übernommen werden kann, sind Prinzipien; die konkreten Verfahren müssen in Verbindung mit der Wirklichkeit neu gestaltet werden. Von 1912 an gerechnet, wartete man auf diesen Tag mehr als achtzig Jahre.

IV. Die Lehren aus einer Verfassung ohne verfassungsmäßige Regierung

Diese Geschichte hinterlässt der Zukunft drei Lehren. Erstens: Verfassungsgebung ist nur der erste Schritt, und zwar der vergleichsweise leichtere Schritt; schwierig ist es, die Bedingungen zu schaffen, die die Verfassung lebendig machen. Wer eine Verfassung schreibt, kann seinen Entwurf in einer Nacht fertigstellen, doch die gesellschaftlichen Bedingungen, die eine Verfassung lebendig machen, brauchen Generationen, um aufgebaut zu werden. Jedes Übergangsprogramm, das nur eine schöne Verfassung schreibt, aber die Fragen „Wem gehorcht die Armee?", „Wagen die Gerichte zu urteilen?" und „Geht es, eine Wahl zu verlieren?" nicht beantwortet, ist nur ein leeres Blatt Papier.

Zweitens: Der Wiederaufbau einer verfassungsmäßigen Regierung muss synchron mit den begleitenden Institutionen vorangetrieben werden: Nationalisierung der Armee, Unabhängigkeit der Justiz, lokale Selbstverwaltung, Meinungsfreiheit, Zivilgesellschaft — keine darf fehlen. Die zwanzigste Frage dieser Reihe (Warum müssen auch gewöhnliche Bürger Verfassung, lokale Selbstverwaltung und öffentliche Verantwortung lernen?) behandelt genau diese Logik: Eine verfassungsmäßige Regierung ist keine Gnade, sondern eine Lebensweise, die eine Generation lernen, praktizieren und verteidigen muss.

Drittens: Der Text der Verfassung von 1947 ist nicht außer Kraft getreten. Er gilt in der Republik China (Taiwan) bis heute fort und beweist, dass diese Bestimmungen funktionieren können — sofern die Bedingungen gegeben sind. Für den künftigen Wiederaufbau einer verfassungsmäßigen Regierung auf dem Festland ist diese Verfassung sowohl ein fertiger institutioneller Bauplan als auch ein noch

einzulösendes Versprechen: die Verfassung vom Papier herunterzuholen und zur Regel des Alltagslebens jedes Einzelnen zu machen.

Weiterführende Lektüre

- Index der Vierzig Fragen zur Republik China | 《中华民国四十问》索引
- Erste Frage: Von der Xinhai-Revolution bis heute: Warum fällt China immer wieder in den politischen Kreislauf des Dynastiewechsels?
- Zwanzigste Frage: Warum müssen auch gewöhnliche Bürger Verfassung, lokale Selbstverwaltung und öffentliche Verantwortung lernen?
- Forschung zu institutionellen Regelungen der Übergangszeit
- Warum hat China die historische Gelegenheit der Provinzverfassungen und des Föderalismus verpasst?

Referenzen

- Index der Vierzig Fragen zur Republik China
- „Von der Xinhai-Revolution bis heute: Warum fällt China immer wieder in den politischen Kreislauf des Dynastiewechsels?" — Schlussfolgerung zum „Kreislauf des Dynastiewechsels", von dieser Frage zitiert
- Zwanzigste Frage, „Warum müssen auch gewöhnliche Bürger Verfassung, lokale Selbstverwaltung und öffentliche Verantwortung lernen?" — Schlussfolgerung zur verfassungsmäßigen Bildung der Bürger, von dieser Frage zitiert
- Forschung zu institutionellen Regelungen der Übergangszeit — Schlussfolgerung zu institutionellen Regelungen der Übergangszeit, von dieser Frage zitiert
- Öffentliche historische Quellen: Periode der politischen Vormundschaft 1928–1947; Kriegsrecht in der Region Taiwan 1949–1987; Aufhebung des Kriegsrechts 1987; Beendigung der Mobilmachungsperiode 1991

Andere Sprachversionen: 简体中文 · English · 繁體中文 · Français · Deutsch · Español

Übersetzt aus dem vereinfacht-chinesischen Original (veröffentlicht am 31. Oktober 2026).